

Medienmitteilung der IG Freiheit

Ein grosser Schritt für das Verordnungsveto

Die IG Freiheit begrüsst den Entscheid der Staatspolitischen Kommission des Ständerates (SPK) bezüglich der Einführung eines Verordnungsvetos. Die IG Freiheit kämpft seit Jahren für ein solches Instrument, welches im Gesetzgebungsprozess wertvoll wäre. Schon mehrmals wurden diesbezügliche Vorstösse abgelehnt, nun aber hat eine Parlamentarische Initiative von Nationalrat Thomas Aeschi eine Mehrheit erreicht.

Dass Bundesrat und Verwaltung mehr und mehr ihre Kompetenzen bei der Ausarbeitung neuer Verordnungen überschreiten, ist staatspolitisch bedenklich. Dies führt immer wieder dazu, dass der Inhalt von Verordnungen nicht mehr den genauen Willen des Gesetzgebers wiedergibt. Aus demokratischer Sicht eine problematische Entwicklung.

Nationalrat Thomas Müller, Vorstandsmitglied der IG Freiheit, versuchte 2009 mit einer Parlamentarischen Initiative (09.511) dieses Problem zu lösen, jedoch ohne Erfolg. Nach einer klaren Annahme im Nationalrat, wurde die Initiative in der Kleinen Kammer abgelehnt. Auch weitere Initiativen bezüglich eines Verordnungsvetos wurden jeweils im Ständerat abgelehnt.

Wie am Freitag bekannt wurde, hat nun aber die Parlamentarische Initiative von Thomas Aeschi in der SPK-S eine Mehrheit auf sich vereinigen können. Zu diesem Ja beigetragen hat sicher auch die Parlamentarische Initiative von Ständerat Jean-René Fournier (14.421), welche eine ähnliche Zielsetzung hat. Nach dem Ja der Ständeratskommission kann nun eine Vorlage ausgearbeitet werden, welche dann dem Parlament vorgelegt wird.

Eine Annahme dieser Vorlage ist der IG Freiheit ein grosses Anliegen. Die Möglichkeit einer „Notbremse“ erlaubt es dem Parlament, eine Verordnung bei Zustandekommen eines bestimmten Quorums zu stoppen, falls diese nicht richtig umgesetzt wurde: Einem Veto muss mindestens ein Drittel eines Rates in einer Frist von 14 Tagen zustimmen. Eine Änderung einer Verordnung kann mit einem Veto nicht erreicht werden.

Das langjährige Engagement der IG Freiheit im Kampf für ein Verordnungsveto ist nun endlich auf der Zielgeraden. Nun bleibt zu hoffen, dass der Ständerat diesen Vorschlag in der kommenden Session mehrheitlich unterstützt.

Zollikon, den 29. August 2016